

Soziale Gerechtigkeit



Ein politisches Ziel, auf das sich alle einigen können, ...

... ist zumeist ein Allgemeinplatz: eine mehrdeutige Formel, die dehnbar genug ist, um sich in die unterschiedlichsten Weltbilder und Gesellschaftsvorstellungen einpassen zu lassen. So verhält es sich auch mit der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum berufen sich gleichermaßen auf sie – freilich um damit ganz unterschiedliche sozialpolitische Ansätze zu legitimieren.

Den einen geht es beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit vor allem um mehr Chancengleichheit und ein möglichst „leistungsfreundliches“ Steuersystem. Andere leiten daraus einen Schutz der Solidargemeinschaft vor einer „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ab und wollen daher das Asylrecht verschärfen. Und wiederum andere fordern eine stärkere Umverteilung, um Bedürftigen „bedingungslos“ und unabhängig von ihrer Herkunft zu helfen.

Schon bei der Aufzählung dieser gänzlich unterschiedlichen Interpretationen von sozialer Gerechtigkeit zeigt sich die Anfälligkeit eines solchen politischen Allgemeinplatzes für Missverständnisse. Um für die Beobachtung des politischen Wettbewerbs gut gewappnet zu sein, müssen wir daher das jeweilige Begriffsverständnis der Akteure/-innen und die zugrundeliegenden Kriterien genauer in den Blick nehmen. Denn gerade in Zeiten multipler Krisen ertönen die Rufe nach sozialer Gerechtigkeit lauter – und verfolgen dabei keineswegs immer denselben Zweck.

Johannes Winter

Inhalt

Vorab	2
Einführung ins Thema	3 – 5
Hinweise zu den Arbeitsblättern	6 – 8
Arbeitsblätter 01 – 04	9 – 12
Weiteres zum Thema	13
Zuletzt erschienen + Bestellhinweise	14

Zum Autor / Zur Autorin

Prof. Dr. Stefan Liebig ist Soziologe und hat den Lehrstuhl für Empirische Sozialstrukturanalyse und Survey-Methodologie an der Freien Universität Berlin inne. Er forscht u. a. zu sozialen Ungleichheiten und zur Sozialstruktur moderner Gesellschaften.

Sabine Gans ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Arbeitsbereich Didaktik der Gesellschaftswissenschaften der Universität Trier, Beraterin für ökonomische Bildung sowie Lehrkraft an einer Realschule plus. Zu ihren Schwerpunkten zählt die demokratische Schulentwicklung.

DIE
THEMENBLÄTTER
nutzbar in
3 Varianten



Kopieren: Die Arbeitsblätter sind je doppelt vorhanden: So verbleibt immer ein Exemplar zur Ansicht im Heft, während das andere herausgetrennt und kopiert werden kann – optimiert auf Schwarz-Weiß. Das ermöglicht die Vervielfältigung nach individuellem Bedarf und reduziert unnötigen Abfall.



Ausfüllen: Die PDF-Dateien sind barrierefrei und enthalten Eingabefelder. Die Lernenden können die Aufgaben mit PDF-fähigen Endgeräten lösen und die Ergebnisse digital einreichen. Das spart Druckkosten und ermöglicht Distanzunterricht.



Verändern: Die Themenblätter sind offene Bildungsmaterialien (OER) und stehen im ODT-Dateiformat zur Verfügung. So können viele Inhalte an die Bedürfnisse der Lerngruppe angepasst werden.
bbp.de/themenblaetter

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: edu@bpb.de

Redaktion: Johannes Winter (verantwortlich),
Peter Schuller

Autor/Autorin: Prof. Dr. Stefan Liebig,
Sabine Gans

Gestaltung: Mohr Design, Köln

Titelfoto: shutterstock/Arthimedes

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Papier: 100% Recyclingpapier

Redaktionsschluss: Januar 2023

Veröffentlichung: 1. Auflage Januar 2023

Bestell-Nr. 5429, ISSN 0944-8357

Lizenz: Dieses Werk steht – soweit nicht durch Copyright-Angaben anders gekennzeichnet – unter der Lizenz CC BY-SA 4.0. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Ihren Unterricht nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte mit Copyright-Angabe. Die Attribution soll wie folgt lauten:



Themenblätter im Unterricht | 134,
Autor/Autorin: Stefan Liebig und Sabine Gans,
Herausgeberin: Bundeszentrale für politische
Bildung/bpb (2023), Lizenz: CC BY-SA 4.0

Hinweis:

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit

von Stefan Liebig

Die Jahre von 2015 bis 2022 waren in Deutschland von wachsendem Wohlstand geprägt: Die Einkommen fast aller privaten Haushalte stiegen kontinuierlich an und die Preise blieben relativ stabil. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedeutet daher auch in sozialer Hinsicht eine Zäsur. Die Energiekosten steigen dramatisch, ebenso die Inflation und die Lebenshaltungskosten. Diese Kostenexplosion betrifft aber nicht alle Haushalte in gleicher Weise. Sozial Schwächere sind von den Entwicklungen besonders hart getroffen.

Wir leben in einer von Knappheit geprägten Welt: Von sehr vielen Gütern steht zu wenig zur Verfügung (Angebot), um damit alle Wünsche der Menschen (Nachfrage) erfüllen zu können. Zur Lösung dieses Problems kann man entweder die Menge an Gütern erhöhen (Vergrößerung des Angebots) oder den Kreis und die jeweiligen Anteile derjenigen begrenzen, die Anspruch auf die Güter anmelden können (Verringerung der Nachfrage). Folge der Knappheit sind Verteilungskonflikte, die um die Frage kreisen, wer wie viel von welchem Gut erhalten kann. Da zur Erhöhung der Gütermenge Anstrengungen und Aufwendungen notwendig sind, beziehen sich Verteilungskonflikte aber auch auf die Frage, wer welche Lasten, Anstrengungen oder Aufwendungen zu tragen hat.

Verteilungskonflikte können nicht verhindert, zumindest aber abgemildert und entschärft werden. Dies ist der Fall, wenn Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht. Sie sind dann durchaus dazu bereit, Verluste zu akzeptieren. Dies gilt besonders für die säkularen Gesellschaften der westlichen Moderne, in denen die Ungleichheiten zwischen den Menschen nicht als das Ergebnis eines göttlichen Willens, sondern als Folge menschengemachter Regeln oder Entscheidungen verstanden werden. Die Ungleichheiten zwischen den Menschen mit Blick auf Einkommen, Vermögen oder Bildungschancen sind in solchen Gesellschaften begründungsbedürftig: Sie sollen der Idee der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Dem Staat und den politisch Verantwortlichen wird dabei in Deutschland eine zentrale Rolle zugesprochen. Sie sind vom Grundgesetz in Artikel 20 Absatz 1 dazu aufgefordert, dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen können.

Die Idee der sozialen Gerechtigkeit geht jedoch darüber hinaus, weil sie fordert, dass (1) alle Bürgerinnen und Bürger unter den gleichen Umständen auf die gleiche Weise behandelt werden (Gleichbehandlung), (2) die Zu- und Verteilung von Gütern und Lasten so vorgenommen wurde, dass sie für alle Beteiligten von einem unparteiischen Standpunkt aus akzeptabel ist (Unparteilichkeit) und (3) jede Person so behandelt wird, wie sie es verdient, das heißt, jede Person Anrechte geltend machen kann, die auch berücksichtigt werden (Berücksichtigung legitimer Anrechte).

Es macht aber nur dort Sinn, Gerechtigkeit einzufordern, wo Ungleichheiten tatsächlich die Folge von Entscheidungen sind, die durch Personen oder gesellschaftliche Institutionen

getroffen wurden. Die physische Attraktivität, die Farbe der Augen, die Familie, in die man hineingeboren wurde, oder die genetische Ausstattung: All diese Merkmale eignen sich nicht als Gegenstand einer Debatte um soziale Gerechtigkeit. Denn weder eine Person noch eine Institution kann dafür verantwortlich gemacht werden.

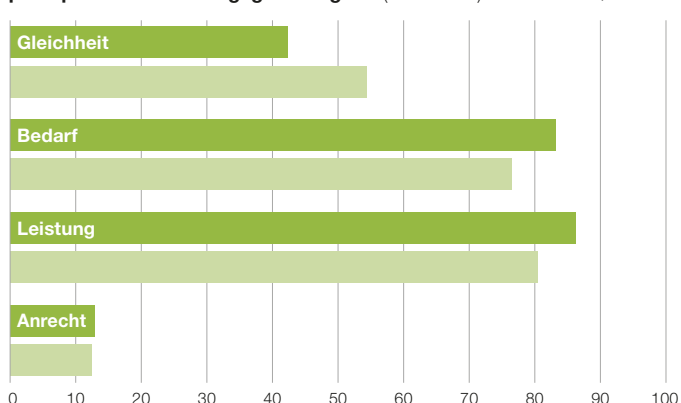
Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit bezieht sich auf die gesellschaftliche Leitidee, dass die Güter und Lasten in einer Gesellschaft zwischen Personen und gesellschaftlichen Gruppen möglichst gerecht verteilt sein sollten. Dabei geht es auch um die Zugangschancen zu gesellschaftlichen Gütern und Positionen, etwa zu Bildung oder Arbeitsplätzen. Hierbei spricht man von „Verteilungsgerechtigkeit“. Gleichermaßen wichtig sind aber auch die Verfahren, wie in einer Gesellschaft über diese Verteilung entschieden wird, also die Art und Weise, wie die bestehende Verteilung von Gütern, Lasten und Chancen zustande kommt. Hierbei spricht man von „Verfahrensgerechtigkeit“.

Die Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit

Typischerweise wird zwischen vier Grundprinzipien der sozialen Gerechtigkeit unterschieden: Das *Gleichheitsprinzip* fordert, Güter und Lasten gleich zu verteilen und jedem – unabhängig von Herkunft und nicht selbst verantworteten Einschränkungen – möglichst gleiche Chancen beim Zugang zu Gütern oder Positionen zu gewähren, wie dies insbesondere für den Zugang zu Bildung gilt. Dem *Bedarfsprinzip* entspricht eine Verteilung, die grundlegende Bedürfnisse deckt und damit verhindert, dass Menschen in Armut leben müssen, insbesondere dann, wenn sie unverschuldet in eine Notlage geraten. Die Einrichtung der gesetzlichen Sozialversicherung ist ein Beispiel für die Institutionalisierung dieses Prinzips: Kranken-, Unfall-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung greifen stets dann, wenn Menschen wegen verschiedener Umstände auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind. Das *Leistungsprinzip* fordert, denjenigen mehr zu geben, die größere Leistungen erbracht haben. Insbesondere die moderne Arbeitswelt folgt diesem Prinzip, wenn die Höhe der Erwerbseinkommen häufig – wenn auch nicht immer – mit der individuellen Leistung oder den Kompetenzen korreliert. Das *Anrechtsprinzip* schließlich sieht vor, dass Güter und Lasten anhand von Statusmerkmalen wie Familienansehen oder Herkunft verteilt werden – hier spielen z. B. Erbschaften eine Rolle.

Die Anwendung des Bedarfs-, des Leistungs- und des Anerkennungsprinzips führt im Ergebnis zu gesellschaftlichen Ungleichheiten. Gerechtigkeit ist somit nicht immer gleichzusetzen mit Gleichheit. Zwar besteht große Einigkeit darüber, dass die *Chancen* im Zugang zu Gütern und Positionen gleich verteilt sein sollten, für die *Ergebnisse* der gesellschaftlichen Verteilungsprozesse gilt dies jedoch nicht. Das zeigen Umfrageergebnisse aus 18 europäischen Ländern (Abbildung 1).¹ Nur zehn Prozent der Befragten in Deutschland und den übrigen europäischen Ländern stimmen demnach der Aussage zu, eine Gesellschaft sei gerecht, „wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen“. Damit spricht sich eine Mehrheit gegen das Anrechtsprinzip aus. Die Prinzipien Bedarf und Leistung finden demgegenüber die höchste Zustimmung. Mehr als 80 Prozent der Befragten in den 18 Ländern sind der Ansicht, dass eine Gesellschaft gerecht ist, „wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben“, und dass „hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere“. Bemerkenswert ist, dass sowohl das Bedarfs- als auch das Leistungsprinzip über alle Einkommensgruppen hinweg gleich positiv eingeschätzt werden. Arm und Reich sprechen sich also gleichermaßen für beide Prinzipien aus. In Deutschland ist diese Zustimmung größer als in den übrigen europäischen Ländern. Damit finden wir gerade in Deutschland die höchste Zustimmung bei denjenigen Gerechtigkeitsprinzipien, die keine Gleichheit, sondern vielmehr Ungleichheit zur Folge haben. Wenn deshalb Gerechtigkeit ausschließlich als Gleichheit verstanden wird und ungleiche Verteilungen generell als ungerecht bezeichnet werden, handelt es sich um eine Engführung und ein undifferenziertes Verständnis von Gerechtigkeit.

Abbildung 1: Zustimmung zu den vier Grundprinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (in Prozent)



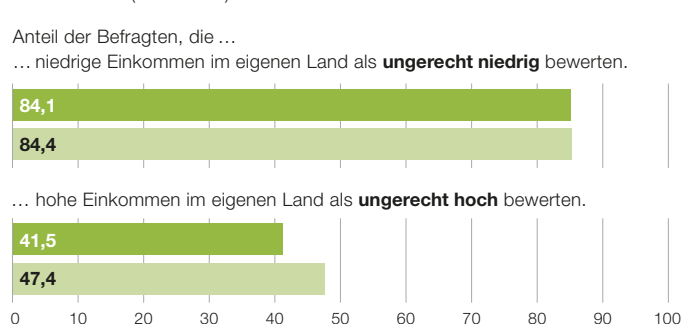
Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018)

Wenn es um materielle Ressourcen wie Einkommen oder Vermögen geht, stellt sich deshalb nicht die Frage, ob Menschen mehr Gleichheit wollen, sondern unter welchen Bedingungen welches Ausmaß von Ungleichheit als legitim angesehen wird: Gleichheit ist nicht immer sozial gerecht – und Ungleichheit nicht immer sozial ungerecht.

Die Ergebnisse gesellschaftlicher Verteilungsprozesse

Nimmt man die Erwerbseinkommen in den Blick, so waren 2017 und 2019 etwas mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland der Meinung, ihr Bruttoeinkommen sei ungerecht. Mit diesen Werten liegt Deutschland im europäischen Durchschnitt. Nachbarländer wie die Schweiz, Österreich, die Niederlande oder Belgien schneiden jedoch deutlich besser ab.

Abbildung 2: Bewertung niedriger und hoher Einkommen (in Prozent)



Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018)

Wie würde die Verteilung der Löhne aussehen, wenn alle so viel bekämen, wie sie für sich als gerecht ansehen? Fragt man Erwerbstätige danach, was für sie selbst ein gerechtes Erwerbseinkommen wäre, so entspricht die daraus resultierende ideale Verteilung durchaus der tatsächlichen Einkommensverteilung bei einer leichten Erhöhung insbesondere der niedrigen Einkommen.² Auch in einer „gerechten Welt“ würden also dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen zufolge weiterhin Einkommensunterschiede bestehen. Dies passt zu den berichteten Ergebnissen zu den Verteilungsprinzipien: Die Verteilung von Löhnen sollte dem Leistungsprinzip folgen, was im Ergebnis zu Ungleichheiten führt – eine Gleichverteilung wiederum würde dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen widersprechen.

Seit 2014 konnten alle Haushalte in Deutschland deutliche Einkommenszuwächse verzeichnen, wobei dies bei den obersten zehn Prozent am deutlichsten ausgeprägt war. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wie die Einkommensungleichheiten bewertet werden (nicht-reflexive Gerechtigkeitsurteile). Laut dem European Social Survey werden in ganz Europa niedrige Einkommen im Schnitt als ungerecht und zu niedrig bewertet – rund 87 Prozent der Befragten halten sie für zu niedrig (Abbildung 2). Die Ungerechtigkeitswahrnehmung in Bezug auf hohe Einkommen ist jedoch geringer: Lediglich 41 Prozent in Deutschland und 47 Prozent im restlichen Europa halten hohe Einkommen für ungerecht. Dies steht durchaus im Einklang mit der Vorstellung, dass die Situation der schlechtergestellten Mitglieder einer Gesellschaft im Sinne des Bedarfsprinzips verbessert werden soll und Einkommensungleichheiten, wenn sie auf dem Leistungsprinzip beruhen, legitim sind. Dies unterstreicht wiederum, dass Ungleichheiten nicht per se als ungerecht wahrgenommen werden. Entscheidend ist vielmehr, ob sie begründet sind.

¹ Die Daten wurden im Jahr 2018/2019 im Rahmen der 9. Welle des European Social Survey erhoben (siehe europeansocialsurvey.org).

² Jule Adriaans, Stefan Liebig: „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa“, 10.3.2021. bpb.de/330022

Chancengerechtigkeit

Eines der zentralen Versprechen moderner Demokratien ist die Chancengerechtigkeit. Beim Zugang zu gesellschaftlichen Gütern und Positionen, die für die Realisierung der jeweils eigenen Lebensziele wichtig sind, sollen die Umstände, für die eine Person nicht verantwortlich gemacht werden kann – etwa ihr Geschlecht oder ihre soziale Herkunft – keine Rolle spielen. Chancengerechtigkeit umfasst dabei insbesondere den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt, soziale Inklusion und Nicht-Diskriminierung, Generationengerechtigkeit und Gesundheit.³ Das Versprechen der Gleichbehandlung aller wird in Europa von einer überwältigenden Mehrheit geteilt – lediglich in einigen Ländern Osteuropas wird dem weniger stark zugestimmt.⁴

Chancengerechtigkeit ist insbesondere beim Zugang zu Bildung entscheidend. Denn sie ist der Schlüssel zur Verwirklichung individueller Lebenspläne, sie entscheidet über Erwerbs- und Einkommenschancen über den gesamten Lebensverlauf einer Person. Zugleich ist Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg in Deutschland nach wie vor zu einem hohen Grad von der sozialen Herkunft abhängig, wie sich zum Beispiel am Bildungshintergrund der Eltern von Studienanfängern/-innen ablesen lässt. Im Jahr 2016 stammten 72 Prozent der 18- bis 25-Jährigen aus einem Elternhaus, in dem kein Elternteil einen akademischen Abschluss hatte. Der Anteil dieser Gruppe an den Studienanfängern/-innen betrug jedoch lediglich 47 Prozent. Ein wichtiges Ergebnis der neueren Forschung besteht darin, dass schulische Auf- und Abstiege primär von der sozialen, aber nicht von der ethnischen Herkunft abhängig sind.⁵ Bildungsungleichheiten werden deshalb deutlich stärker von der sozialen Herkunft als vom Migrationshintergrund bestimmt. Mehr noch, bei vergleichbaren schulischen Leistungen und sozialem Hintergrund wählen Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien eher anspruchsvollere Schularten als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund⁶ und die einwanderungsbezogenen Bildungsungleichheiten sind in Deutschland auch regional unterschiedlich: In Ostdeutschland sind sie deutlich geringer als in Westdeutschland.⁷ Insgesamt be-

deutet dies, dass die soziale Herkunft der zentrale Bestimmungsfaktor bildungsbezogener Chancengerechtigkeit ist. Zentrales Ziel der Bildungspolitik in Deutschland ist deshalb auch die Reduzierung dieses „sozialen Gradienten“ im Bildungssystem und die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit. Inwieweit diese Anstrengungen tatsächlich fruchten, lässt sich anhand objektiver Daten abschätzen. Die andere Möglichkeit ist, die Bürger/-innen direkt zu fragen, wie sie ihre eigenen Chancen im Bildungssystem (rückblickend) bewerten. In Deutschland schätzten 2018 rund 80 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren ihre eigenen Bildungschancen als gerecht ein. Im europäischen Vergleich ist dies ein relativ hoher Wert – ein höherer Grad an Chancengerechtigkeit findet sich nur in den skandinavischen Ländern und der Schweiz. Während also einerseits in der Bildungsforschung auf die bestehenden Defizite in der Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungswesen hingewiesen wird,⁸ wird dieses Defizit in der Bevölkerung als nicht so gravierend wahrgenommen – zumindest was die eigenen Chancen anbelangt.

Die Aktualität sozialer Gerechtigkeit

Die aktuellen Krisenphänomene lassen erahnen, dass Ressourcen knapper werden – insbesondere auch in solchen Gesellschaften, die lange Zeit in einem gewissen Überfluss gelebt haben. Dazu werden neue Verteilungskonflikte aufbrechen, weil sich sowohl auf der Angebotsseite (Güter und Ressourcen) als auch auf der Nachfrageseite (Bürger/-innen) grundlegende Änderungen ergeben: So wird der Klimawandel zu einer für bestimmte Regionen neuartigen Verknappung des Wassers führen oder extreme Wetterereignisse werden weiterhin die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion beeinträchtigen. Die Corona-Pandemie, aber auch der Krieg in der Ukraine zeigen, dass es in modernen Gesellschaften schnell zu einer Verknappung grundlegender Güter (Energie, Produkte des täglichen Lebens) kommen kann. Auf der Nachfrageseite kommt es durch die Veränderung der Lebensbedingungen in einzelnen Regionen sowie zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen zu anwachsenden Migrationsbewegungen. Damit vergrößert sich in den reicheren Ländern der Kreis derjenigen, die vom sprichwörtlichen Kuchen etwas abhaben möchten. Ökonomische Krisen haben auf der Nachfrageseite zur Folge, dass insbesondere in den reicheren Ländern größere Bevölkerungsteile auf soziale Unterstützungsleistungen angewiesen sind, die erwirtschaftet werden müssen. Insgesamt ist damit zu erwarten, dass Verteilungskonflikte schärfer werden. Das Konfliktpotential wird insbesondere auch in den reicheren Ländern steigen, weil Menschen im Allgemeinen auf Verluste stärker reagieren als auf Zugewinne. Umso wichtiger wird es für die Politik, bei der Lösung der aktuellen Krisenphänomene Fragen der sozialen Gerechtigkeit im Blick zu behalten. Dies stellte am 28. Oktober 2022 auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Grundsatzrede fest: „Beeindruckende Entlastungspakete sind wichtig – aber nicht weniger wichtig ist Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten! Davon wird viel abhängen, glaube ich.“⁹

³ Vgl. dazu Thorsten Hellmann et al. (Bertelsmann Stiftung): „Soziale Gerechtigkeit in der EU und OECD. Index Report 2019“, 5.12.2019. [bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/soziale-gerechtigkeit-in-der-eu-und-oecd-das-wichtigste-in-kuerze](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/soziale-gerechtigkeit-in-der-eu-und-oecd-das-wichtigste-in-kuerze)

⁴ Sandra Bohmann, Stefan Liebig (DIW): „Knapp ein Drittel der EuropäerInnen zweifelt an Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“, 16.2.2022. doi.org/10.18723/diw_wb:2022-7-3

⁵ Karin Kurz et al.: „Abnehmende Bildungsungleichheiten? Der Einfluss von sozialer und ethnischer Herkunft im Bildungsverlauf“, 2019. doi.org/10.15464/isi.63.2019.6-15

⁶ Jörg Dollmann, Markus Weißmann: „Ethnic Choice Effects: Welche Rolle spielt die räumliche Verfügbarkeit anspruchsvoller Bildungsalternativen?“ In: Hanno Kruse, Janna Teltemann (Hrsg.): Differenz im Raum, Wiesbaden 2022. doi.org/10.1007/978-3-658-35009-3_5

⁷ Oliver Winkler et al.: „Warum gibt es in Ostdeutschland weniger einwanderungsbezogene Bildungsungleichheit? Bedingungen der Bildungsbeteiligung und Lesekompetenz von Heranwachsenden mit Einwanderungsgeschichte in Ost- und Westdeutschland“, 11.8.2022. doi.org/10.1515/zfs0z-2022-0012

⁸ Kai Maaz, Annabell Daniel: „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Perspektiven und Herausforderungen beim Abbau sozialer Bildungsungleichheiten“. In: Wolfgang Böttcher et al. (Hrsg.): Chancenungleichheit: geplant, organisiert, rechtlich kodifiziert, Münster 2022.

⁹ Die Rede kann in voller Länge gestreamt und nachgelesen werden: [bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/10/221028-Alles-staerker-was-uns-verbindet.html](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/10/221028-Alles-staerker-was-uns-verbindet.html)

Wie setze ich die Materialien im Unterricht ein?

von Sabine Gans

Lernziele:

Die Schülerinnen und Schüler

- setzen sich mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit auseinander, entwickeln eigene Vorstellungen und formulieren individuelle Einstellungen,
- vergleichen unterschiedliche Lebenssituationen im Hinblick auf Gerechtigkeitsaspekte und formulieren begründete Sach- und Werturteile,
- unterscheiden die Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit,
- erarbeiten Grundlagen der gesetzlichen Sozialversicherung und des Steuersystems als Konkretisierung des Sozialstaatsgebots aus dem Grundgesetz,

- bewerten diese anhand von Beispielen mit dem Fokus auf die Realisierung sozialer Gerechtigkeit,
- identifizieren Bildungsgerechtigkeit als einen zentralen Faktor von sozialer Gerechtigkeit und erörtern Gestaltungsoptionen der Einzelnen und des Staates,
- formulieren begründete Sach- und Werturteile zur Situation sozialer Gerechtigkeit in Deutschland und beurteilen Maßnahmen staatlicher Intervention,
- reflektieren Handlungsalternativen und setzen sich mit der Bedeutung von unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen auseinander.

AB 01 Was ist sozial gerecht?

Zu Aufgabe 1: „Sozial gerecht“?

Die Aufgabe bietet den Lernenden die Gelegenheit, ihren eigenen Begriff von sozialer Gerechtigkeit zu formulieren und miteinander darüber zu diskutieren. Dabei können sie erfahren, dass die Einstellungen zum Thema durchaus unterschiedlich sind; sie sollten wertungsfrei nebeneinanderstehen.

Zu Aufgabe 2: Gerechte Verteilung

zu a) Lösungsvorschlag:

- Gleichheitsprinzip: kostenfreier Zugang zu staatlichen (Hoch-)Schulen (inkl. Fahrtkostenerstattung)
- Bedarfsprinzip: Mindestlohn; Sozialhilfe; Arbeitslosengeld II; Steuerfreiheit des Existenzminimums („Grundfreibetrag“)
- Leistungsprinzip: höheres Einkommen bei höherem Stundenumfang; leistungsabhängige Vergütung (Prämien, Provisionen, Zulagen)
- Anrechtsprinzip: Erbschaft; Rente; Bestandschutz im Baurecht; vertraglich festgeschriebene Verzinsung von Spareinlagen

zu b) Die Auseinandersetzung mit den Prinzipien kann – abhängig vom Abstraktionsvermögen der Lerngruppe – anhand der zu Aufgabe 2a) gefundenen Beispiele erfolgen.

Zu Aufgabe 3: Lebenswelten in Deutschland

zu a) und b) Die Haushalte sind bewusst plakativ-kontrastiv gewählt. Dies provoziert möglicherweise Widerspruch und bietet die Möglichkeit, Stereotype und (Vor-)Urteile im Unterrichtsgespräch zu entlarven und zu diskutieren. Dem Austausch der Lernenden untereinander kommt eine entsprechend wichtige Bedeutung zu; dieser sollte nicht von der Lehrkraft moderiert und damit möglicherweise bewertet oder kommentiert werden. Es bieten sich – abhängig von der Lerngruppe –

verschiedene Methoden an, beispielsweise das Think-Pair-Share-Verfahren oder die Placemat-Methode.

zu c) Von den konkreten Beispielen ausgehend, abstrahiert diese Teilaufgabe stärker und lenkt den Blick auf die Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. Die Kriterien geben Aufschluss über die Maßstäbe, die die Lernenden an Gerechtigkeit anlegen, und bieten so Anlass zu Auseinandersetzung und differenzierter Betrachtung. Dabei ist es wichtig herauszustellen, dass die Anwendung des Bedarfs-, Leistungs- und Anerkennungsprinzips im Ergebnis jeweils zu gesellschaftlicher Ungleichheit führt. Gerechtigkeit ist somit nicht immer gleichzusetzen mit Gleichheit. Die Ergebnisse können im Plenum oder in kooperativen Settings (Gruppen-, Partnerarbeit) diskutiert werden.

AB 02 Deutschland als Sozialstaat

Soziale Gesetzgebung hat in Deutschland eine lange Tradition, ihr historisch ältester Zweig ist die Sozialversicherung. Deutschland führte 1883 als erster Staat der Welt eine gesetzliche Krankenversicherung für Arbeiter/-innen ein, später kamen nach und nach weitere Versicherungen dazu.

Im System der gesetzlichen Sozialversicherung werden die versicherten Risiken (z. B. Krankheit, Mutterschaft, Unfall oder Alter) solidarisch von allen Versicherten gemeinsam getragen, selbst wenn im Einzelfall keine Leistungen empfangen werden. Das System beruht u. a. auf dem Generationenvertrag und dem Solidaritätsprinzip, die spezifische Etablierung und Ausgestaltung der einzelnen Versicherungen sind das Ergebnis politischer und gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und Entscheidungen auf Basis historischer Erfahrungen und Entwicklungen. Wichtig ist es, den Lernenden zu verdeutlichen, dass es sich um Pflichtversicherungen handelt. Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (z. B. Arbeitnehmer/-innen oder Auszubildende) müssen Beiträge einzahlen, die nicht individuell angespart, sondern für alle Leistungsempfänger/-innen verausgabt werden. Freiwillige Versicherungen können ergänzend dazu privat abgeschlossen werden (z. B. „Riester-Rente“ oder Zahnzusatzversicherung).

Zu Aufgabe 1: Die gesetzliche Sozialversicherung

zu a) und b)

	„AV“	„KV“	„PV“	„RV“	„UV“
steht für...	Arbeitslosenversicherung	Krankenversicherung	Pflegeversicherung	Rentenversicherung	Unfallversicherung
gibt es seit...	1927	1883	1995	1889	1884
hilft bei...	Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Konkursausfall	Krankheit, Mutterschaft	Pflegebedürftigkeit	Verrentung, Erwerbsminderung, Tod des Ehepartners	Arbeits- und Wegeunfällen, berufsbedingten Erkrankungen
Finanzierung durch...	Arbeitnehmer/-innen und Arbeitgeber/-innen				Arbeitgeber/-innen

zu c) Im Kontext der (Finanzierungs-)Probleme der gesetzlichen Sozialversicherung – insbesondere der Rentenversicherung – wird meist auf die (prognostizierten) demografischen Veränderungen hingewiesen. Denkbar ist auch ein Verweis auf die Debatte um eine „Zwei-Klassen-Medizin“ im Hinblick auf das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenkassen. In der Diskussion sollten daneben auch Aspekte wie die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche, die veränderte Lebensrealität vieler Menschen, neue Entlohnungsformen und (zunehmend prekäre) Arbeitsverhältnisse Raum finden.

Zu Aufgabe 2: Das Steuersystem

zu a) Die Auflistung der Steuerarten könnte zu dem Schluss verleiten, Familie Hausmann sei geringer belastet als Familie Husmani. Doch gilt es zu differenzieren, da z. B. der Anteil der Konsumausgaben am Haushaltseinkommen bei niedrigeren Einkommen höher ist, was Einfluss auf den Anteil der zu entrichtenden Mehrwertsteuer haben kann. Der Faktor z. B. kommunaler Abgaben und Beiträge differiert je nach Lebenssituation und -ort mitunter erheblich. Hier eine Beispiellösung:

- /// Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Energiesteuer, KFZ-Steuer, Hundesteuer, Versicherungssteuer, Kaffeesteuer, Tabaksteuer, Alkoholsteuer etc. (Familie Husmani zusätzlich: Grundsteuer, Kapitalertragssteuer)

Die Gegenüberstellung der Brutto- und Nettoeinkommen beider Familien zeigt, dass die progressive Besteuerung der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Haushalte Rechnung trägt und damit Ungleichheiten reduziert werden können. Einkommensstarke Haushalte tragen durch die höhere Steuerlast stärker zur Finanzierung des Sozialstaates bei.

zu b) Steuerprogression bedeutet das Ansteigen des Steuersatzes in Relation zur Höhe des zu versteuernden Betrages (z. B. Einkommen oder Vermögen). Bei der Einkommensteuer steigt der Steuersatz mit steigendem Jahreseinkommen von 14 Prozent bis zum Spitzensteuersatz von 42 Prozent linear an. Ab einer bestimmten Einkommenshöhe (2022: 277.826 €) greift dann der Höchststeuersatz von 45 Prozent. Alle Einkünfte unterhalb des Existenzminimums (2022: 10.908 €) sind steuerfrei. Bei der Argumentation, welche Familie mehr oder

weniger Einkommensteuer zahlen soll, können die jeweiligen Lebensumstände, daraus resultierende Bedarfe, ihre Leistungsfähigkeit und die Verantwortung der Familienmitglieder füreinander und für die Gesellschaft herangezogen werden.

Die progressive Besteuerung schafft einen sozialen Ausgleich, indem leistungsfähigere Personen durch höhere Zahlungen Schwächere unterstützen. Dahinter steht der Gedanke, dass auch die leistungsfähigeren Menschen im Laufe ihrer Karriere (bspw. durch kostenlose Ausbildung) auf die Solidargemeinschaft angewiesen sind. So belaufen sich laut Statistischem Bundesamt die staatlichen Ausgaben für ein Studium der Humanmedizin auf mehr als 170.000 Euro (Daten von 2017). Hinzu kommt, dass Einkommensunterschiede nicht immer auf die gesellschaftliche Relevanz von Berufen oder die Intensität der Erwerbsarbeit zurückgeführt werden können. So werden einige Berufe von hoher gesellschaftlicher Bedeutung noch immer unterdurchschnittlich bezahlt, wie sich am Beispiel von Erziehern/-innen oder Pflegekräften verdeutlichen lässt. Allerdings kann dem zugleich entgegengehalten werden, dass ein hohes Einkommen häufig an entsprechende Leistungsanforderungen und -erwartungen geknüpft ist – eine höhere Besteuerung dieser Einkommen könnte dementsprechend auch als demotivierend oder gar ungerecht aufgefasst werden. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit stehen im Konflikt.

Zu Aufgabe 3: Ist unser Sozialstaat sozial gerecht?

Die Aussagen ermöglichen den Lernenden nach dem Recherchieren und Einordnen der Sachinformationen eine Beurteilung der Gerechtigkeit des Sozialstaats. Die zu erwartende gestreute Verteilung führt die Diskrepanz zwischen verbrieftem (Grund-)Recht und der wahrgenommenen Lebensrealität vor Augen. Am Beispiel der ggf. unterschiedlichen Beurteilung von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern oder im beruflichen Werdegang lassen sich unterschiedliche Wahrnehmungen, Einflüsse politischer Entscheidungen und Möglichkeiten von Mitwirkung diskutieren.

AB 03 Bildungsgerechtigkeit

Zu Aufgabe 1: Bildung als Schlüssel für Lebenschancen

Die Quellen sollen einen Überblick zu verschiedenen Aspekten der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland geben. Q5 vergleicht die durchschnittlichen Brutto-Jahresgehälter von Vollzeitarbeitenden in Deutschland nach Bildungsabschluss für das Jahr 2020. Zwar sind die Einkommen von Handwerksmeistern/-innen mit denen von Arbeitnehmenden mit Bachelorabschlüssen vergleichbar, doch bieten sich für Akademiker/-innen weitere Qualifikationsstufen und Möglichkeiten für deutlich höhere Einkommen. Dies schränkt die Aussage der Bundesbildungsministerin zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung ein (Q2). Die Abbildung des sogenannten „Bildungstrichters“ visualisiert den Zusammenhang zwischen der individuellen Bildungskarriere und dem Bildungsstand des Elternhauses (Q4). Akademikerkinder haben eine deutlich höhere Chance, selbst Akademiker/-innen zu werden. Die Aussage

einer Schülerin (Q3) macht deutlich, dass es dabei um mehr geht als die finanzielle Ausstattung eines Haushaltes: So geht es auch um einen bestimmten Habitus, persönliche und familiäre Netzwerke sowie um Gelegenheiten und Rollenbilder. Die Karikatur Q1 greift diesen Aspekt ebenfalls auf: In so bezeichneten Brennpunktvierteln werden höhere Bildungsabschlüsse oder gar akademische Karrieren teils als wenig wahrscheinlich und daher als nicht förderungswürdig angesehen.

zu a) Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg lässt sich als das zentrale Problem der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland herausstellen.

zu b) Zu nennen sind hier v. a. der große Einfluss von Rollenbildern im Elternhaus und sozialen Umfeld (Q3) sowie die mangelnde bildungspolitische Förderung bestimmter Quartiere oder Regionen (Q1). Als weiterer Grund lässt sich die finanzielle Ausstattung der Haushalte anführen, die nicht immer die Finanzierung eines langen Ausbildungswegs der Kinder ermöglicht, sei es im Hinblick auf Nachhilfe oder die Lebenshaltungskosten während eines späteren Studiums, welches im Gegensatz zu einer Ausbildung (im Regelfall) nicht bezahlt ist, sondern sogar Semesterbeiträge kostet.

zu c) Aladin El-Mafaalani benennt folgende Strategien zur Überwindung von Bildungsungerechtigkeit:

- Stadtteilentwicklung
- Ausbau von Ganztagschulen
- Interdisziplinarität
- Kunst- und Kulturprogramme
- Angepasste Lehrpläne und Unterrichtsmethoden
- Elternarbeit und Frühförderung
- Kommunale Bildungs- und Sozialpolitik

zu d) In Schulen mit gymnasialer Oberstufe geben die Lernenden zumeist Abitur und Studium als Abschluss- bzw. Bildungsziele an. Das ist in anderen Schulformen differenzierter. In den Statements haben die Jugendlichen die Gelegenheit, eine persönliche und differenzierte Sichtweise zu äußern und in Beziehung zu den Analyseergebnissen zu setzen. Dabei können die Frage nach der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung konkretisiert, deren vermeintliche Hierarchie in Frage gestellt und die Jugendlichen bestärkt werden, eigene Ausbildungs- und Lebenspläne zu realisieren.

AB 04 Soziale Gerechtigkeit in der Debatte

Zu Aufgabe 1: Wer ist verantwortlich?

Die Zuordnung ist nicht immer eindeutig und lädt zur Diskussion ein. Hier ein Lösungsvorschlag:

Soziale Gerechtigkeit liegt in der Verantwortung...

... des einzelnen Menschen	... des Staates	... von Ehrenamtlichen und Freiwilligen	... von Unternehmen	... der ganzen Gesellschaft
1, 2, 4, 6	1, 2, 3, 6, 7	5	2	2, 3, 6

Zu Aufgabe 2: Hilfe in der Krise für alle?

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die damit einhergehende Energiekrise und Inflation erfordern Hilfsmaßnahmen der Politik. Die Bundesregierung hat daher 2022 mehrere „Entlastungspakete“ auf den Weg gebracht. Auch an ihnen entzündeten sich Kontroversen. Soll der Staat in die Wirtschaft eingreifen? Wen soll er auf welche Art und Weise unterstützen? Wer kann, wer muss sich selbst helfen? Welche Aufgabe kommt dem Einzelnen zu? Der Sachverständigenrat hat das Entlastungspaket im November 2022 als zu wenig zielgenau kritisiert und angemahnt, Leistungsfähigere stärker in die Pflicht zu nehmen, z. B. durch die Übernahme von Energiemehrkosten oder gar durch einen Energie-Solidaritätszuschlag (Q1).

zu a) Die Formulierung der zentralen Aussagen als Kurznachricht soll den Lernenden helfen, sich auf die wesentlichen Aussagen des Gutachtens zu konzentrieren, diese prägnant auf den Punkt zu bringen und sich damit vom Wortlaut der Quelle zu lösen. Für leistungsstarke Lerngruppen kann hier auch durch Angabe potenzieller Empfänger/-innen der Kurznachricht eine adressatenbezogene Differenzierung in der Ansprache erfolgen.

zu b) Die Bezugnahme auf verschiedene Bevölkerungsgruppen erlaubt die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der jeweiligen Maßnahmen. Die Aufgabe spielt dies exemplarisch für die Energiepreispauschale sowie den Energie-Solidaritätszuschlag durch. Weitere Maßnahmen und Instrumente können ergänzend, dem Schema folgend, analysiert werden. Die Einordnung ist exemplarisch und nicht nur von ökonomischer Kalkulation, sondern auch von persönlicher Situation und ethisch-moralischen Vorstellungen geprägt.

	Energiepreispauschale (staatliche Unterstützung für alle Haushalte)	Energie-Solidaritätszuschlag (Ausgleichszahlung von Besserverdienenden)
Person mit geringem Einkommen empfindet die Maßnahme als ...	<ul style="list-style-type: none"> • gerecht, denn sie erfährt eine (notwendige) Entlastung hinsichtlich ihrer Wohn- und Lebenshaltungskosten • ungerecht, weil auch jene unterstützt werden, die keinen Bedarf für Unterstützung haben und die eigene Entlastung daher geringer ausfällt als möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • gerecht, da leistungsfähigere Personen zur Unterstützung der Einkommenschwächeren herangezogen werden sollten („starke Schultern“)
Person mit hohem Einkommen und Ersparnissen empfindet die Maßnahme als ...	<ul style="list-style-type: none"> • gerecht, denn sie profitiert von der Unterstützung • ungerecht, weil sie sich gesellschaftlicher Solidarität verpflichtet sieht 	<ul style="list-style-type: none"> • ungerecht, wenn das Mehreinkommen nach eigener Wahrnehmung aus Mehrarbeit resultiert • gerecht, da sie solidarisch sein möchte

zu c) Die Beispiele erweitern nochmals die Perspektiven und ermöglichen eine differenziertere Auseinandersetzung mit (möglichen) Maßnahmen. Dabei werden unterschiedliche Lebenssituationen und -formen berücksichtigt.

Was ist sozial gerecht?

Wenn die Ungleichheit zwischen den Menschen besonders sichtbar wird, werden auch die Rufe nach sozialer Gerechtigkeit lauter. Das zeigt sich momentan in Deutschland angesichts der Energiekrise und einer steigenden Inflationsrate. Dabei ist Ungleichheit nicht immer auch ungerecht.

„Sozial gerecht“?

1 Was verbindest du mit dem Begriff „soziale Gerechtigkeit“? Notiere deine Gedanken, indem du mindestens fünf Buchstaben als Ausgangspunkt für eigene Wörter oder Sätze nutzt.

S	G
O	E
Z	R
I	E <i>rben oder nicht?</i>
A	C
L	H
	T


Gerechte Verteilung

2 Bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit geht es zumeist um die faire Verteilung von Gütern, Lasten und Zugangschancen innerhalb der Gesellschaft. Um eine Verteilung als mehr oder weniger gerecht zu beurteilen, gibt es vier Prinzipien.


a) Überlege dir zu jedem der vier Prinzipien ein Beispiel.

 Das **Gleichheitsprinzip** fordert, dass Güter, Lasten und Chancen möglichst gleich verteilt sind.


Bsp.:

 Das **Bedarfsprinzip** fordert, dass grundlegende Bedürfnisse gedeckt sind und Armut verhindert wird.

Bsp.:

 Das **Leistungsprinzip** fordert, dass Menschen, die mehr leisten, auch mehr bekommen.

Bsp.:

 Das **Anrechtsprinzip** fordert, dass in der Vergangenheit erworbene Ansprüche erhalten bleiben.

Bsp.:

b) Wie stehst du zu den vier Prinzipien? Welches findest du besonders wichtig? Welches siehst du eher kritisch?

.....

.....

.....

Lebenswelten in Deutschland

3 Deutschland ist ein vielfältiges Land mit ganz unterschiedlichen Lebenswelten. Hier sind zwei fiktive Beispiele:

Haushalt 1: Familie Husmani lebt in einem großen Eigenheim in einem bürgerlichen Viertel von Dresden. Piotr Husmani hat ein abgeschlossenes BWL-Studium und arbeitet als Wertpapierhändler. Er verdient mit Aktienhandel durchschnittlich rund 20.000 Euro brutto im Monat, Elsi Husmani ist verbeamtete Förderschullehrerin und verdient rund 4.900 Euro brutto im Monat. Gemeinsam kommen Sie auf ein Haushaltsnettoeinkommen von rund 15.300 Euro. Ihre Tochter Maximiliane besucht eine Privatschule, die ihr ein neues Tablet zur Verfügung stellt.

Haushalt 2: Familie Hausmann lebt in einer kleinen Mietwohnung in einer Gemeinde in Niedersachsen. Peter Hausmann hat eine abgeschlossene Ausbildung als Kfz-Mechatroniker, arbeitet bei der kommunalen Müllentsorgung und verdient rund 2.900 Euro brutto im Monat, Elisa Hausmann arbeitet als medizinische Fachangestellte in einer Kleintierpraxis und verdient monatlich rund 1.800 Euro brutto. Sie kommen so auf ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.300 Euro. Ihre beiden Töchter Molly und Mili gehen auf das städtische Gymnasium, in dem es drei Computerräume gibt.

a) Vergleiche die beiden Haushalte und kreuze an, wie du zu den untenstehenden Aussagen stehst.

Der Verdienst von Piotr Husmani ist gerecht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Verdienst von Elsi Husmani ist gerecht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Verdienst von Peter Hausmann ist gerecht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Verdienst von Elisa Hausmann ist gerecht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es ist gerecht, dass Piotr Husmani fast siebenmal so viel verdient wie Peter Hausmann.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es ist gerecht, dass Elsi Husmani nur ein Viertel von Piotr Husmani verdient.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Einkommensunterschied zwischen Elsi Husmani und Elisa Hausmann ist gerecht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es ist gerecht, dass Familie Husmani deutlich höhere Abgaben (Steuern etc.) als Familie Hausmann bezahlt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Molly und Mili haben die gleichen Bildungschancen wie Maximiliane.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es ist gerecht, dass beide Haushalte zum Teil die gleichen staatlichen Unterstützungsleistungen erhalten (z. B. Kindergeld oder Energiepreispauschale).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

b) Vergleiche im Anschluss eure Entscheidungen und begründet diese im Plenum.

c) Wonach hast du entschieden, ob etwas in den Beispielen gerecht oder ungerecht war? Notiere die Kriterien oder Prinzipien deiner Bewertung.

.....

.....






.....

Deutschland als Sozialstaat

Das Grundgesetz legt fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist (Art. 20 GG). Der Staat ist somit dazu verpflichtet, sich um soziale Gerechtigkeit zu bemühen und einer zu großen sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken. Dies geschieht über die Gesetzgebung, z. B. mit dem Sozialversicherungs- und dem Steuersystem.

Die gesetzliche Sozialversicherung

1 Die gesetzliche Sozialversicherung ist eine zentrale Stütze des deutschen Sozialstaats. Dazu gehören fünf Säulen.

	 „AV“	 „KV“	 „PV“	 „RV“	 „UV“
steht für...					
gibt es seit...					
hilft bei...					
Finanzierung durch...					

a) Findet euch in fünf Gruppen zusammen und recherchiert jeweils zu einer der Säulen (z. B. unter bpb.de/324063). Befüllt eure Spalte der Tabelle.



b) Findet euch in gemischten Gruppen zusammen und stellt die jeweiligen Versicherungen einander vor. Befüllt dann gemeinsam die übrigen Spalten der Tabelle.

c) Diskutiert im Plenum die Bedeutung des deutschen Sozialversicherungssystems für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Was lässt sich an dem System kritisieren?

Das Steuersystem

2 Manche Aspekte des deutschen Steuersystems sind umstritten. Dennoch trägt die Besteuerung von Menschen und Unternehmen u. a. zur Umverteilung bei und ist somit ein zentraler Aspekt für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

a) Notiere mögliche Steuerarten, die die Familien Husmani und Hausmann (AB 01) jeweils zahlen müssen.

.....

.....

b) Recherchiere unter bpb.de/19161 zum Stichwort „Einkommensteuer“ und beantworte dann die Fragen:



Was bedeutet „Steuerprogression“?

.....

.....

Welche Familie sollte aus deiner Sicht mehr Einkommensteuer bezahlen? Begründe.

Familie Husmani / Familie Hausmann, denn

.....

.....

Überlege: Inwiefern trägt eine progressive Steuer wie die Einkommensteuer zur sozialen Gerechtigkeit bei?

.....

.....

Ist unser Sozialstaat sozial gerecht?

3 Im Kasten findest du Aussagen zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in Deutschland.

a) Gib für jede Aussage den Grad deiner Zustimmung an, indem du die jeweilige Ziffer entlang der Achse einträgst.

 trifft überhaupt nicht zu
 trifft vollständig zu


←-----→

- „In Deutschland haben alle die Chance auf ein gutes Leben.“
- „Mein Schulerfolg und meine Karrierechancen haben mit meiner Herkunft nichts zu tun.“
- „Mädchen und Jungen sind heutzutage gleichberechtigt.“
- „In Deutschland wird man für seine Arbeit gerecht bezahlt.“
- „Die gesellschaftlichen Lasten zwischen Jungen und Alten sind gerecht verteilt.“
- „In Deutschland wird man von der Justiz und vor Gerichten fair behandelt.“
- „In Deutschland geht es insgesamt gerecht zu.“

b) Diskutiert eure Entscheidungen in Partnerarbeit.

c) Hältst du den deutschen Sozialstaat vor dem Hintergrund eurer Diskussion insgesamt für sozial gerecht? Kreuze an und begründe deine Entscheidung.

Eher ja / Eher nein, denn

.....

.....

Bildungsgerechtigkeit

In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land ist der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland, wie u. a. die PISA-Studie zeigt. Ein folgenreicher Moment in der Bildungskarriere junger Menschen ist der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule: Die größte Hürde kommt jedoch später mit dem Übergang zur Hochschule.



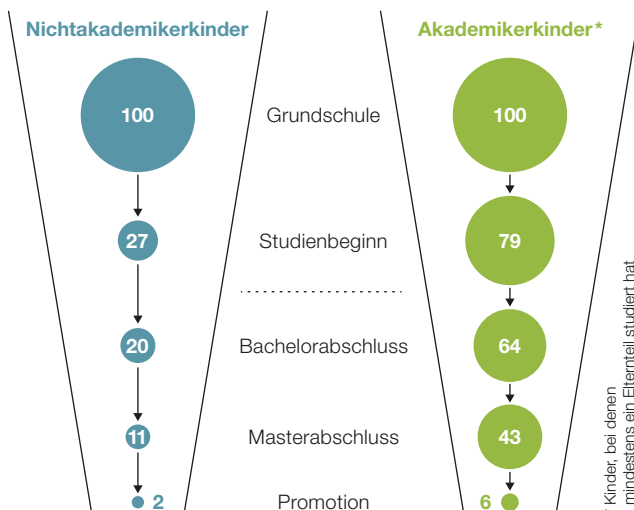
Q2 „Akademische und berufliche Bildung sind unterschiedlich, aber gleichwertig. Beides sind tolle Sprungbretter für ein erfolgreiches Berufsleben.“

Bettina Stark-Watzinger, Bundesbildungsministerin

Q3 „Die Eltern von Friedrich haben ja auch studiert, seine Mutter arbeitet an der Universität. Sie nimmt ihn oft mit. Klar weiß er, wie das geht, was er tun muss. Ich fühle mich nicht so sicher. Wir sind früher mit der Schule ins Theater gefahren, meine Mutter liest sehr viel. Aber als Schneiderin hat sie wenig Zeit und kennt sich mit Planung und Organisation eines Studiums nicht aus.“

Carina, Schülerin der 12. Jahrgangsstufe

Q4 „Bildungstrichter“: Anzahl der Grundschul Kinder aus 100, die ein Studium beginnen und den nächsthöheren Abschluss erreichen, nach Bildungshintergrund der Eltern



* Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil studiert hat

Q5 Durchschnittliches Brutto-Jahresgehalt 2020 nach Bildungsabschluss (bei Tätigkeit in Vollzeit, Angaben in Euro)

Berufliche Ausbildung	
Meister/Fachwirt	55.222
Abgeschl. Lehre/Ausbildung	43.471
Akademische Ausbildung	
Promotion	83.668
2. Staatsexamen	81.580
Master	61.906
Bachelor	54.210

Bildung als Schlüssel für Lebenschancen

1 Auf diesem Arbeitsblatt findest du einige Quellen zum deutschen Bildungssystem.

a) Schau dir die Materialien Q1 – Q5 an und fasse in einem Satz zusammen: Was ist aus deiner Sicht das zentrale Problem bei der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland?

.....

.....

.....

b) Welche Gründe werden hierfür in den Materialien genannt? Notiere diese und ergänze weitere mögliche Gründe.

.....

.....

.....

c) Recherchiere nun auf bpb.de/205371: Was müsste in deinen Augen getan werden, um soziale Barrieren oder Schranken im Bildungssystem zu überwinden? Wen siehst du dafür in der Pflicht?



.....

.....

.....

d) Du bist als Schüler/-in selbst von der Frage der Bildungsgerechtigkeit betroffen. Bereite ein kurzes Statement (drei bis fünf Minuten) für die Klasse vor, in dem du deine Vorschläge kurz erklärst und bewertest.

Q1: © Quelle: Stiftung Jugend und Bildung; Urheber: Michael Hüter, Bochum; Q2: bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2022/08/fachkraefte-sind-unserkapital.html; Q4: Daten: Stifterverband/McKinsey & Company, stifterverband.org/pressemitteilungen/2021_10_19_chancengerechtigkeit_bildung; Q5: Daten: StepStone, de.statista.com/infografik/27540/brutto-jahresgehalt-von-vollzeitarbeitenden-nach-bildungsabschluss/

Soziale Gerechtigkeit in der Debatte

Angesichts von Energiekrise und Inflation wird in Deutschland wieder verstärkt über soziale Gerechtigkeit diskutiert. Die Vorstellungen davon sind dabei sehr verschieden. Was ist sozial gerecht? Wer ist verantwortlich und hat für soziale Gerechtigkeit zu sorgen?

Wer ist verantwortlich?

1 Lies die nachfolgenden Aussagen und ordne diese danach, wem darin die Verantwortung für die Schaffung sozialer Gerechtigkeit zugeschrieben wird. Kreuze hierfür die Ziffern in der Tabelle an (Mehrfachnennung möglich).

1 „Hier ist man teils mit der Gießkanne unterwegs. Die Entlastung bei den Strompreisen kommt zudem auch Haushalten mit höheren Einkommen zu Gute.“
Clemens Fuest, Präsident Ifo-Institut

3 „Zukünftige Generationen können ihre Zukunft gestalten, müssen aber auch die Schulden von heute tragen.“
Petra S., Lehrerin

6 „Der Staat kann nicht alle höheren Kosten ausgleichen.“
Robert Habeck, Bundeswirtschaftsminister

2 „Starke Schultern können und müssen mehr tragen – das ist ein zentraler Grundsatz unserer sozialen Marktwirtschaft.“ *Aufruf „Für Solidarität und Zusammenhalt jetzt!“*

4 „Wenn ich mich anstrenge, dann schaffe ich das auch.“ *Louisa, Schülerin*

7 „Sozialleistungen des Staates wie das Bürgergeld sollten nicht an Bedingungen geknüpft sein.“ *Ludger M., Kommunalpolitiker*

5 „Ohne ehrenamtliche Helfer geht es nicht.“ *Rudolf Seiters, ehemaliger Präsident Deutsches Rotes Kreuz*

Soziale Gerechtigkeit liegt in der Verantwortung ...

... des einzelnen Menschen							... des Staates							... von Ehrenamtlichen und Freiwilligen							... von Unternehmen							... der ganzen Gesellschaft						
1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7

Hilfe in der Krise für alle?

2 Die Bundesregierung hat 2022 als Reaktion auf die Energiekrise mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Die fünf Wirtschaftsweisen“) kritisiert diese in seinem Jahresgutachten 2022/23 als zu wenig zielgenau.

a) Lies die nebenstehende Pressemitteilung Q1 und fasse die wichtigsten Aussagen in Form einer Kurznachricht zusammen.

.....

.....

.....

b) In Q1 werden verschiedene Maßnahmen genannt, darunter eine Energiepreispauschale und ein Energie-Solidaritätszuschlag. Welche der Maßnahmen ist sozial gerecht? Begründe jeweils aus Sicht einer Person mit geringem Einkommen und einer mit hohem Einkommen und Ersparnissen.

	Energiepreispauschale (staatliche Unterstützung für alle Haushalte)	Energie-Solidaritätszuschlag (Ausgleichszahlung von Besserverdienenden)
Person mit geringem Einkommen		
Person mit hohem Einkommen und Ersparnissen		

Q1 „Aufgrund des starken Anstiegs der Energiepreise wurden umfangreiche Entlastungsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen beschlossen. Einzelne davon sind gezielt auf Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zugeschnitten. Eine Reihe breit angelegter Maßnahmen hingegen, wie etwa der Tankrabatt, die Umsatzsteuersenkung auf Erdgas oder die Energiepreispauschale für alle abhängig Beschäftigten, begünstigen auch einkommensstarke Haushalte, die hohe Preise eigentlich schultern können, und setzen teilweise Fehlanreize beim Energiesparen. [...] Würde der Spitzensteuersatz zeitlich befristet erhöht oder etwa ein Energie-Solidaritätszuschlag für Besserverdienende eingeführt, könnten die Entlastungsmaßnahmen teilweise gegenfinanziert werden.“
Sachverständigenrat, 9. 11. 2022

c) Lebenswelten sind verschieden. Menschen leben von hohem oder geringem Einkommen, in urbanen oder ländlichen Räumen, allein oder mit anderen: Politische Entscheidungen betreffen sie deshalb unterschiedlich. Diskutiert vor diesem Hintergrund gemeinsam folgende (mögliche) Maßnahmen.

1. Tankrabatt für alle Haushalte

2. Keine weitere Entlastung bei den Energiepreisen, damit mehr Energie gespart wird

3. Günstiges Nahverkehrsticket für alle Bevölkerungsgruppen

d) Führt eine Pro-Contra-Diskussion zu folgender These: „Soziale Gerechtigkeit für jede/-n zu gewährleisten ist in erster Linie die Aufgabe von Staat und Politik.“

Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaat, Sozialpolitik, Chancengerechtigkeit, Ungleichheit

bpb Angebote der bpb

Anthony B. Atkinson (2017):
Ungleichheit. Was wir dagegen tun können
Bestell-Nr. 10072 | bpb.de/257442

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Ungleichheit
Nr. 37-38/2022
Bestell-Nr. 72237 | bpb.de/512789

Maria Barankow, Christian Baron (2022):
Klasse und Kampf
Bestell-Nr. 10847 | bpb.de/514030

Georg Cremer (2022):
Sozial ist, was stark macht. Warum Deutschland eine Politik der Befähigung braucht und was sie leistet
Bestell-Nr. 10773 | bpb.de/507452

Fluter:
Klasse. Geht da noch was?
Nr. 81/2021
Bestell-Nr. 5881 | bpb.de/344928

Informationen zur politischen Bildung:
Sozialpolitik
Nr. 327/2015
Bestell-Nr. 4327 | bpb.de/214316

Online-Dossier:
Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland
bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland

Online-Dossier:
Verteilung von Armut + Reichtum
bpb.de/themen/soziale-lage/verteilung-von-armut-reichtum

Podcast (2021):
Was uns betrifft – (un)gerechte Bildung?
bpb.de/334451

Thema im Unterricht (2020):
Gesellschaft für Einsteiger
Bestell-Nr. 5333 | bpb.de/36905

Video-Reihe „Abdelkrtie“ (2020):
Gleichheit und Gerechtigkeit – Wie sieht es damit aus in Deutschland?
bpb.de/312957

Was geht?:
Geld und seine Verteilung in Deutschland
Ausgabe 2/2021
Bestell-Nr. 9670 | bpb.de/343673

Zeitbilder (2021):
Datenreport 2021 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland
Bestell-Nr. 3996 | bpb.de/328110

Zur Vertiefung

Steffen Mau et al.:
Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität
In: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 30/3 (2020), S. 317–346
link.springer.com/article/10.1007/s11609-020-00420-8

Judith Niehues et al.:
Ungleichheit unter der Lupe – neue politische Antworten auf ein bekanntes Thema
In: ifo Schnelldienst, Nr. 73/02 (2020), S. 3–26
econstor.eu/bitstream/10419/216130/1/ifo-sd-2020-02-p03-26.pdf

Frank Nullmeier:
Sozialstaat
In: Uwe Andersen et al. (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2021
doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_195

Michael Rutz (Hg.):
Gerechtigkeit ist möglich. Worauf es in Deutschland und der Welt ankommt
Freiburg i. Br. 2015

Für den Unterricht

BMAS/Klett MINT GmbH:
Medienpaket Sozialpolitik
sozialpolitik.com
Medienpaket des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Zusammenarbeit mit Klett MINT bestehend aus einem Magazin für Schüler/-innen, Arbeitsblättern, einem Begleitheft für Lehrer/-innen sowie digitalen Lerneinheiten für die Schule und zum Selbststudium

Joachim Herz Stiftung (2022):
Vermögens- und Gehaltsunterschiede in Deutschland: wäre mehr Gleichheit gerechter?
teacheconomy.de/unterrichtsmaterial/soziale-marktwirtschaft/vermoegens-und-gehaltsunterschiede
Unterrichtseinheit für die Sek. II zu sozialer Gerechtigkeit mit Schwerpunkt auf Lohnunterschieden zwischen verschiedenen Berufen

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:
Unterrichtsmaterialien soziale Ungleichheit
europaimunterricht.de/unterrichtseinheiten-soziales
Übersichtsseite mit Materialien und Filmen zu sozialer Ungleichheit



LUST AUF ENTLASTUNG BEI DER UNTERRICHTSVORBEREITUNG?



In unserer Reihe „Was geht?“ stellen wir **Lernhefte für Schüler_innen** zu diversen Themen aus Gesellschaft und Politik bereit. Die Hefte eignen sich als Selbstlernmaterial oder als Grundlage für die Bearbeitung des Themas im Unterricht.

Das **Begleitheft für Pädagog_innen** liefert konkrete Vorschläge für die Unterrichtsgestaltung.



**HIER
ALLE AUSGABEN
BESTELLEN
UND DOWNLOADEN**

WWW.BPB.DE/WAS-GEHT

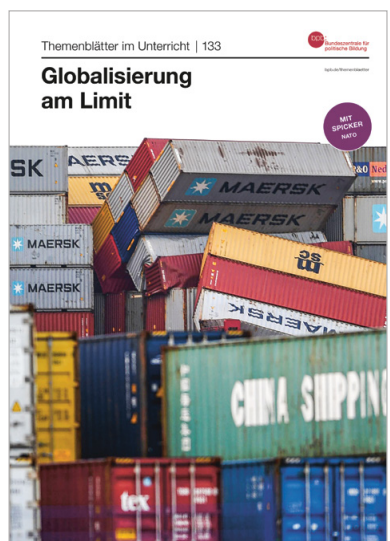
Zuletzt erschienene Themenblätter:

- Soziale Gerechtigkeit | 134 | Bestell-Nr. 5429
- Globalisierung am Limit | 133 | Bestell-Nr. 5428**
- Pflegenotstand | 132 | Bestell-Nr. 5427
- Sicherheit neu denken? | 131 | Bestell-Nr. 5426
- Wohnen in der Krise | 130 | Bestell-Nr. 5425
- Sport und Politik | 129 | Bestell-Nr. 5424
- Meilensteine der deutschen Einheit | 83 | Bestell-Nr. 5976
- Impfen als Pflicht? | 128 | Bestell-Nr. 5423
- Staatsschulden | 127 | Bestell-Nr. 5422
- Was denken Rechtsextreme? | 126 | Bestell-Nr. 5421
- Aus Seuchen lernen? | 125 | Bestell-Nr. 5420
- Rechtspopulismus | 114 | Bestell-Nr. 5408
- 18. März 1848/1990 | Extra | Bestell-Nr. 5419
- Alles vereint? 30 Jahre deutsche Einheit | 124 | Bestell-Nr. 5418
- Antisemitismus | 123 | Bestell-Nr. 5417
- Klimaschutz und gesellschaftlicher Wandel | 122 | Bestell-Nr. 5416
- Minderheiten und Toleranz | 105 | Bestell-Nr. 5998
- Rüstungsexporte aus Deutschland | 121 | Bestell-Nr. 5415
- Mahnmal Erster Weltkrieg | 120 | Bestell-Nr. 5414

Alle Ausgaben online als PDF abrufbar

Arbeitsblätter auch als ausfüllbare PDF-Dateien verfügbar

Arbeitsblätter auch als veränderbare ODT-Dateien verfügbar



Herunterladen, bestellen, abonnieren
Gedruckte Ausgaben kostenlos bestellen und als PDF oder OER abrufen unter: bpb.de/themenblaetter

Sie möchten die gedruckten Themenblätter kostenlos abonnieren (2 x 2 Ausgaben/Jahr) oder haben uns etwas mitzuteilen? Schreiben Sie uns an edu@bpb.de.